

Kiesewetter: Grenzen kurzzeitig schließen

CDU-Abgeordneter hat eigene Ideen zur Flüchtlingskrise – Rechtsstaat müsse wieder handlungsfähig werden

Die große Koalition im Bundestag – aber auch die CDU/CSU-Fraktion – ist sich in der Flüchtlingsfrage uneins. Der Bundestagsabgeordnete Roderich Kiesewetter hat eine ganz eigene Meinung zu Flüchtlingsobergrenze und Grenzschließung. Er ist sich dabei durchaus bewusst, dass er mit seiner Ansicht einer Minderheit angehört.

ANDREAS UITZ

Erst vor wenigen Tagen trafen sich die Abgeordneten der CSU und der baden-württembergischen CDU-Landesgruppe mit Fraktionschef Volker Kauder. Diskutiert wurde dabei über unterschiedliche Themen, aber die Diskussion über die Flüchtlingskrise nahm – wie sollte es anders sein – sehr großen Raum ein.

Bei dem Treffen wurde deutlich, dass sich auch in der CDU abzeichnet, dass eine Mehrheit der Abgeordneten ein härteres Durchgreifen an den Grenzen verlangt, um der Flüchtlingsströme Herr zu werden.

Der Heidenheimer CDU-Bundestagsabgeordnete Roderich Kiesewetter hat zur gesamten Problematik eine ganz eigene Sicht. „Noch stehe ich hinter dem Kurs der Kanzlerin, auch wenn mir bewusst ist, dass ich inzwischen einer Minderheit angehöre“, sagt Kiesewetter gegenüber unserer Zeitung. Aber bei zahlreichen Gesprächen mit den Abgeordneten der Mehrheit habe er erkannt, „dass die auch keine richtige Lösung haben.“

Von einer generellen Grenzschließung hält der CDU-Abgeordnete wenig. Denn das sei schon aus EU-rechtlichen und personellen Gründen bei den Sicherheitskräften im Land nicht möglich. „Aber was wir jetzt, und zwar sehr schnell bräuchten, wäre eine zeitlich begrenzte Schließung der Grenzen über einen Zeitraum von zwei bis drei Wo-

chen.“

Dieser ungewöhnliche Vorschlag hätte Kiesewetter zufolge zahlreiche Vorteile und könnte wichtige Signale senden. „Wenn wir die Grenzen jetzt im Winter für diesen Zeitraum schließen, wären die Grenzen einfacher zu sichern. Dann bräuchten wir Auffangzentren in einer internationalen Zone zu den Nachbarländern, in denen wir Zehntausende Leute unterbringen könnten, und sie nicht pauschal ins Land lassen.“

In diesen Zentren könne dann eine Aufteilung der Flüchtlinge stattfinden: „Wer eher die Chance auf Asyl hat, also aus Kriegsregionen kommt, darf ins Land, wird sofort registriert und kommt in eine LEA. Alle anderen müssen zunächst in der internationalen Zone bleiben.“ Bei diesen Leuten müsse dann vor Ort geprüft werden, ob Asylgründe bestehen, wenn nicht, müsse man sie zurückschicken. Menschen aus sicheren Herkunftsländern müssten demzufolge sofort zurückreisen, bei Menschen, die sich nicht ausweisen können, müsse die Herkunft noch an der Grenze geprüft werden. „Rechtlich und logistisch ist das für einen begrenzten Zeitraum durchaus machbar“, sagt Kiesewetter.

Von einer solchen Vorgehensweise erhofft sich Kiesewetter mehrere Vorteile: Bei den Flüchtlingen spreche sich schnell herum, dass es nicht mehr so einfach sei, nach Deutschland zu kommen. Darüber hinaus müssten die Nachbarländer reagieren und könnten die Flüchtlinge nicht mehr einfach bis zur deutschen Grenze durchlotsen. „Wir brauchen auf jeden Fall eine europäische Lösung, und daran müssen alle arbeiten.“ Durch höheren Druck auf die Nachbarländer, der sich dann weitergebe, könnte eine europäische Lösung Kiesewetter zufolge am ehesten erreicht werden, denn es entstehe ein Dominoeffekt. „Natürlich müssen wir letzten Endes die EU-Außengrenzen besser schützen.“ In diesem



Der CDU-Bundestagsabgeordnete Roderich Kiesewetter fordert eine kurzzeitige Schließung der deutschen Grenzen und ein Durchgreifen des Rechtsstaats in der Flüchtlingsfrage.

Foto: Archiv

Kontext sind für den Politiker langfristig auch Korridore in Nordafrika denkbar, wo Menschen aus Krisenregionen mit Unterstützung Europas bleiben und leben können.

Dass angesichts der vielen Flüchtlinge, die in den vergangenen Monaten nach Deutschland kamen, gehandelt werden muss, macht auch Kiesewetter deutlich.

Doch von einer Verschärfung der Gesetze, von Obergrenzen oder dauerhaften Grenzschließungen hält er nichts. „Die bestehenden Gesetze sind ausreichend, wenn wir sie denn tatsächlich umsetzen“, so der Politiker. Das Problem sieht er vielmehr darin, dass sich der Rechtsstaat in den vergangenen Monaten nicht mehr durchgesetzt habe. „Wir müssen

das Heft des Handelns wieder in die Hand nehmen und dafür sorgen, dass die gesetzlichen Vorgaben auch umgesetzt werden. Das beginnt bei der Registrierung von Flüchtlingen und geht bis zur zeitnahen und konsequenten Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern. Aber grundsätzlich darf das Recht auf Asyl nicht angetastet werden, wir müssen nur viel stärker darauf achten, dass es nicht ausgenutzt wird“, so Kiesewetter.

Auch aus diesem Grund macht es seiner Ansicht nach keinerlei Sinn, über eine Obergrenze für Flüchtlinge zu diskutieren. „Wenn wir die Marke zu hoch ansetzen, vielleicht bei 1,5 Millionen Menschen im Jahr, wird der Unmut in der Bevölkerung noch größer. Setzen wir sie aber zu niedrig an, können wir sie vielleicht nicht einhalten.“ Hinzu komme, dass niemand wisse, wie sich die Flüchtlingsströme in diesem Jahr entwickeln werden.

„Das Wichtigste ist, dass wir der Bevölkerung reinen Wein einschenken und die Handlungsfähigkeit des Staates zurückerlangen“, betont der Abgeordnete. Denn die über einen langen Zeitraum positive Grundstimmung gegenüber Flüchtlingen sei gekippt, „und das nicht erst seit den Ereignissen in Köln. Dass wir tatsächlich einen Umschwung haben stelle ich permanent bei Gesprächen mit den Bürgern im Wahlkreis fest“. Die Schuld dafür sieht Kiesewetter vor allem in der Politik. „Erst wenn wir wieder staatliche Handlungsfähigkeit vermitteln, bekommen wir das in den Griff“, sagt Kiesewetter selbstkritisch.

Ganz ungeachtet dessen ist es ihm wichtig, auch die zahllosen Ehrenamtlichen zu loben, die sich für die Flüchtlinge einsetzen. „Ich hoffe, dass wir dieses Engagement auch weiterhin spüren, dass die Menschen der Politik bald wieder mehr Vertrauen schenken, und dass der Rechtsstaat nicht weiter an Glaubwürdigkeit verliert.“